

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 24.11.2021
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:07 Uhr

Ende: 18:32 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

ab 16:24 Uhr.

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

ab 17:00 Uhr.

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder ab 16:16 Uhr.
 Frau Stadträtin Cynthia Schneider ab 16:45 Uhr.

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Nadine Molinari
 Frau Stadträtin Karin Rauscher
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf- ab 16:18 Uhr.
 Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Benedikt Disam ab 16:24 Uhr.
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski bis 17.15 Uhr.

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Frau Inga Adam
 Herr René Bantel
 Frau Iris-Lorena Briciu
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst
 Herr Jonas Grill
 Herr Alexander Groll
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Markus Herrmann
 Herr Helmut Ott
 Frau Anja Tamm
 Frau Susanne Wolf
 Frau Franka Zaneck

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele
 Frau Stadträtin Daniela Dinser
 Herr Stadtrat Christof Preiß
 Frau Stadträtin Elena Risel
 Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl
 Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Alexander Hamler

T a g e s o r d n u n g

=====

- 1** #gmuendfuermorgen - 100 Tage Amt für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung
- 2** GMÜND 2035 – Fortschreibung nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept
- 3** Ausbau Glasfasernetz - aktueller Stand und weiteres Vorgehen
- 4** Änderung des Geschäftskreises der Beigeordneten

Hier: Neuzuordnung des Eigenbetriebes Stadtgarten Schwäbisch Gmünd
- 5** Beauftragung zur Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Schwäbisch Gmünd
- 6** Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebs Stadtgarten und Entlastung des Betriebsleiters für 2019
- 7** Jahresabschluss 2020 der Touristik & Marketing GmbH
- 8** Vergabe der Sportplatzpflegearbeiten für die Jahre 2022 und 2023 mit Option auf Vertragsverlängerung für die Jahre 2024 und 2025
- 9** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 10** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 11** Bekanntgaben
- 12** Anfragen
- 12.1** Soforthilfe für Standbetreiber Weihnachtsmarkt
- 12.2** Lärmaktionsplan
- 12.3** Kita Kunterbunt

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Oberbürgermeister Arnold aus, dass man mit der Absage des Weihnachtsmarktes so lange gewartet habe, da man den Druck auf das Land aufrecht erhalten haben wolle bezüglich der Entschädigungen. Die Regelung mit 2G Plus helfe nicht weiter. Die Absage sei ihm sehr schwer gefallen, da daran auch die Gastronomie und der Einzelhandel hänge. Es sei ein Stück lebenswerte Altstadt, es sei daher eine sehr schwierige Situation. Man habe mit den Standbetreibern vereinbart, dass man die Standmiete nicht zahlen müsse und man Einzelverkaufsstellen großzügig genehmigen werde, der Modemark Röther und Obi seien bereits sehr kooperativ gewesen. Die Anregung von Stadträtin Heusel, verderbliche Ware auf dem Wochenmarkt zu verkaufen, habe man aufgegriffen. Man werde mit den Leerstandsbetreibern sprechen und manchen Weihnachtsmarktstand als Pop-up Store unterbringen. Er appelliere an die Besitzer der Immobilien in der Innenstadt, dass sie die Not der Zeit erkennen und nicht auf den Gewinn der Immobilie schauen, sondern auch einen Beitrag zur Solidarität und Gemeinschaft leisten. Wenn jetzt alle Weihnachtsfeiern abgesagt werden würden, würde das ein riesiges Loch in die Kassen der Gastronomen reißen. Vom Land gebe es bisher nichts. Bayern, Brandenburg und Sachsen hätten von sich aus abgesagt, in Baden-Württemberg passiere nichts. Man habe auch darüber gesprochen, dass man die Mittel für das Weihnachtsessen des Gemeinderats den Standortbetreibern zur Verfügung stelle. Die Weihnachtsfeiern von anderen sollten auf Gutscheinsbasis verlegt werden, sodass man die Gastronomen unterstütze und die Feiern nachhole. Man wolle in dieser Zeit aber auch die Testkapazitäten ausweiten. Außerdem habe man alle Personen über 70 Jahre angeschrieben bzgl. der Drittimpfung und auf das Impfangebot der Stadt aufmerksam gemacht. Dies sei keine Aufgabe der Stadt, er sei daher sehr dankbar. Er hoffe, dass man gut durch diese Zeit komme und appelliere, dass man trotz der angespannten Situation gelassen und ruhig bleibe und auch weiter respektvoll miteinander umgehe.

Erster Bürgermeister Baron informiert, dass man am Samstag in der Großsporthalle 850 Personen geimpft habe. Es gebe viel Bereitschaft zum Mithelfen, daher wolle man am kommenden Samstag von 9 bis 19 Uhr 1.600 Impftermine vergeben. Wenn es gut laufe, wolle man dies auch eine Woche später nochmals anbieten. Es gebe eine Aufwandsentschädigung für die Helfer, die als Spende an gemeinnützige Organisationen gehe, hier gebe es einen hohen Umsatz. Man bekomme ab 30.11.2021 ein dauerhaftes Impfteam nach Schwäbisch Gmünd, das am Tag zwischen 200 und 240 Impfungen durchführen könne, dieses würde man in der Schwerzerhalle ansiedeln. Von heute an bis Weihnachten habe man zwischen 8.000 und 12.000 Impftermine, die man in Schwäbisch Gmünd anbieten könne. Man sei dran, das stationäre Team auszuweiten und es bleibe so lange, bis die Impfnachfrage abnehme. Der Impfstoff sei überwiegend Moderna. Er betont, dass hinter den Impfungen ein großer Aufwand stecke.

Oberbürgermeister Arnold betont die Wichtigkeit der dritten Impfung.

Stadtrat Barth/CDU lobt, wie schnell und mit welcher Präzision die Verwaltung es schaffe, tausende Menschen zu impfen. Hier sehe man wieder, dass es besser sei, wenn man es vor Ort in den Kommunen mache und nicht von oben herunter. Er lobt Ersten Bürgermeister Baron und dessen Team. Die Absage des Weihnachtsmarktes tue weh, es sei unverständlich, warum ein Bundesland nicht von sich aus so einen Weihnachtsmarkt absage, damit die Betroffenen wenig-

tens eine Entschädigung erhalten. Er stellt sich die Frage wie es nun weitergehe. Dies sei ein Problem in der Stadt. Auf der einen Seite würden der Handel und die Gastronomie Besucher benötigen, auf der anderen Seite sollte man Kontakte meiden. So gut wie alles, was mehrere Personen betreffe, sei in der Branche abgesagt worden. Es sei ein schmaler Grat, daher werde es Versuche geben, im Außenbereich etwas aufzustellen, da der Außenbereich sicherer sei als innen. Er hoffe, dass sich die Kunden und Betreiber an die Vorgaben halten und dass man mit den Impfungen auf einen besseren Wert bei der Inzidenz und Hospitalisierung bis Ende des Jahres komme.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen unterstreicht die Ausführungen von Stadtrat Barth. Es sei ärgerlich, dass die Geimpften wieder den „Karren aus dem Dreck“ ziehen müssten. Dazu würden die ganzen Ehrenamtlichen kommen, die aktiv im Impfgeschehen seien. Auch denen gelte ein großes Dankeschön. Er spricht auch seinen Dank an die Stadt aus, dass man nach Lösungen suche für die Standbetreiber. Er sei überrascht gewesen, wie viel Verständnis gezeigt worden sei. Er hoffe darauf, dass von Bund und Land Lösungen gefunden werden. Der Gemeinderat unterstütze gerne, dass man das Geld vom Weihnachtsessen für diesen Zweck nutze.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man kein Mittel gefunden habe, die Inzidenzzahlen zu senken. Daher sei es der richtige Schritt gewesen, dass man den Weihnachtsmarkt abgesagt habe, auch wenn es ein paar Tage früher hätte kommen können. Sie bedankt sich bei Oberbürgermeister Arnold für diesen Schritt. Die wirtschaftlichen Probleme für die Standbetreiber seien enorm, aber durch den Wochenmarktverkauf könne man zumindest einen Teil auffangen. Ein Lockdown wäre für alle Beteiligten keine sinnvolle Sache, daher sei es der einzig richtige Weg, den Weihnachtsmarkt abzusagen. Sie findet es hervorragend, dass man sich so in die Impfungen hineinhänge. Sie bedankt sich bei den Betreibern des Weihnachtsmarktes und bei allen, die im Gesundheitswesen tätig sind. Man stimme zu, das Geld an die Standbetreiber zu spenden.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE bringt zum Ausdruck, dass man den Weihnachtsmarkt unterschiedlich betrachten könne. In der Fraktion sei heftig debattiert worden, letztlich habe man doch für eine Absage plädiert. Es gehöre aber auch zur Debatte, sich darüber auszutauschen, warum die Inzidenz so hoch liege, die Inzidenz der Geimpften liege bei 100, die der Ungeimpften bei 1.000. Es liege somit an einer kleinen Minderheit, die über das Leben der Mehrheit bestimme. Man stecke daher aufgrund dieser Tatsache in dieser schwierigen Situation. Die Abgeordneten sollten sich für die Standbetreiber stark machen, die Verantwortung könne man nicht auf die Stadt abwälzen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen schließt sich den Vorrednern an. Sie findet die Absage ebenfalls schade. Sie stellt sich die Frage, woher die 30 Mio. Schnelltests pro Tag kommen sollten, zumal die Preise immer weiter steigen würden. Sie spricht ein Lob an die Ärzteschaft aus. Das Land habe es sich zu einfach gemacht, man hätte im Sommer boostern sollen. Das zeige mal wieder, dass, wenn die Stadt etwas in die Hand nehme, es auch funktioniere. Sie regt an, für den Gemeinderat die 2G-Regelung einzuführen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass in der Presse stehe, dass eine Booster-Impfung nach fünf Monaten möglich sei, im Impfzentrum werde jedoch frühestens nach sechs Monaten geimpft. Sie bittet darum, dies klar zu kommunizieren. Außerdem richtet sie einen Appell an die Landesregierung, für die Ungeimpften eine Ausgangssperre tagsüber einzuführen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass der Zeitpunkt der Booster-Impfung eine medizinische Frage sei, hier sei man auf die Ärzte angewiesen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erachtet die Absage des Weihnachtsmarktes als reine Symbolwirkung, 2G Plus mit Zugangskontrollen hätte keinen negativen Einfluss gehabt. Jedoch sei es schwer zu argumentieren bei der aktuellen Inzidenz und Belegungslage der Intensivstationen. Er richtet seinen Dank an die Ärzteschaft in Schwäbisch Gmünd, die ihre Freizeit für das Impfen nutzen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste hat Respekt vor der Entscheidung des Oberbürgermeisters. Er findet es positiv, dass man nicht über die Köpfe der Standbetreiber hinweg entschieden habe und sich bemühe, eine einigermaßen gleichwertige Kompensation im kommenden Sommer anzubieten. 2G Plus hätte den wirtschaftlichen Erfolg des Marktes stark in Frage gestellt. Zum anderen hätte letzten Endes 2G Plus eine Illusion der Sicherheit mit sich gebracht, da man ihn nicht konsequent abschließen könne. Es zeige auch Solidarität mit den Kliniken. Bei den Kosten hoffe man, dass man zusammen mit anderen Bürgermeistern das Land zu den Entschädigungsleistungen bewege. Er bedankt sich beim Ersten Bürgermeister Baron für die Impfungen.

Stadtrat Schneider/CDU erkundigt sich nach den aktuellen Infektionszahlen in den Schulen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er die Sorge um die Kinder und Jugendlichen vollständig teile. Es sei auch gestern bei der Schulleiterdienstbesprechung Thema gewesen. Zum großen Glück hätten diese Gruppen in den wenigsten Fällen einen schweren Verlauf. Die Kinder seien aber Überträger zur Lehrerschaft und in die Familien. Man habe in verschiedene Schulen Ausbrüche. Eine Auflistung der genauen Zahlen habe er nicht dabei.

**zu 1 #gmuendfuermorgen - 100 Tage Amt für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung
Vorlage: 201/2021**

Protokoll:

Frau Zanek stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man für die öffentlichen Gebäude ein Programm erarbeiten werde.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob der Klimarat übergeordnet sei oder die gleiche Funktion wie andere Arbeitskreise habe. Außerdem erkundigt sie sich, ob es ein offener und freier Meinungs austausch sei und sich jeder engagieren könne oder ob er nur mit benannten Personen besetzt sei. Sie möchte eine breite und offene Beteiligungsform.

Frau Zanek antwortet, dass man die Klimagruppen wieder mit in den runden Tisch reinnehmen möchte. Man werde sich zur konkreten Zusammensetzung noch Gedanken machen. Es müsse offen sein und es müsse für alle eine Beteiligungsmöglichkeit da sein, aber man brauche auf der anderen Seite auch einen harten Kern.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Sie erkundigt sich wie mit dem Klimaschutzkonzept weiter umgegangen werde.

Frau Zaneck antwortet, dass man nochmals genau darauf schaue und der Gemeinderat die Ziele definiere.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich. Er erkundigt sich, wie die Bürger konkret mitwirken und sich beteiligen können. Der Gemeinderat solle bis Ende Februar 2022 die Unterlagen für die Klausurtagung vorgelegt bekommen, um sich optimal vorbereiten zu können. Für das Klimaschutzkonzept habe man bereits ausreichend diskutiert und es im Oktober 2020 eingebracht, es sei jedoch nicht verabschiedet worden. Er erkundigt sich, wann es dem Gemeinderat endlich zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Außerdem warte man auch noch auf die Ausarbeitung des interfraktionellen Antrags zur Klimaanpassung. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand. Außerdem solle man fristgerecht zum Jahresende ein Radwegekonzept erstellen, um EU-Fördermittel abzugreifen. Für die kommenden Haushaltsberatungen werde es zentral wichtig sein, dass das Amt 11 konkrete Klimaschutzmaßnahmen anmelde, die hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Treibhausgasreduzierung wirken. Er fordert daher, dass das Amt drei bis fünf konkrete Maßnahmen vorstelle und in den Haushalt einbringe.

Frau Zaneck antwortet, dass man durch die Homepage eine gute Grundlage für die Beteiligungsmöglichkeit der Bürger geschaffen habe. Außerdem habe man auch Print-Informationen und möchte an Messen teilnehmen, um die Bewusstseinsbildung zu stärken. Man versuche, die Unterlagen bis Ende Februar bereitzustellen. Das was bis dahin ausgearbeitet werde, könne man auf jeden Fall zur Verfügung stellen. Das Klimaschutzkonzept wolle man gemeinsam entwickeln, da der Gemeinderat auch weitere Bausteine gefordert habe. Budgetiert seien bereits viele Maßnahmen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass ein Gefühl der Nervosität und des Handlungsdrucks bei dem Thema vorhanden sei. Konkrete Umsetzungen habe man noch nicht so viele vorzuweisen. Er erkundigt sich, welche konkreten Maßnahmen sich aus dem European Award ableiten ließen. Der Nahverkehrsplan stehe zum Beschluss an. Der Fußverkehrsscheck sehe aktuell nur eine Betrachtung der Südstadt vor. Er erkundigt sich, ob davon auch die Gesamtstadt profitiere oder man den Fußverkehrsscheck nun in allen Stadtteilen mache. Das Thema PV-Anlagen in der Innenstadt müsste man mit dem Denkmalschutz klären. Er erkundigt sich, ob der Flächennutzungsplan abgespeckt werde, da man mit den Flächen ja schonend umgehen wolle. Bei der Bürgerbeteiligung sei wichtig, dass nach einer Beteiligung auch geliefert werde. Er erkundigt sich, wie man das sicherstellen könne. Er erkundigt sich, ob man mit dem vorhandenen Personal die definierten Ziele umsetzen könne oder weiteres Personal einstellen müsse. Außerdem sei eine Evaluierung wichtig. Er schlägt eine Begleitung durch ein externes Planungsbüro vor.

Frau Zaneck antwortet, dass man interkommunal lernen und sich weiterentwickeln könne. Die Förderung für den Energieberater erhalte man parallel zum Thema kommunale Wärmeplanung. Der Radwegezielplan sei im Entwurf vorhanden, die Frage sei die Umsetzung und Finanzierung. Daher wolle man Achsen und Routen nacheinander in die Umsetzung bringen und mit den Hauptachsen beginnen. Dann müsse man schauen wie man es weiter finanzieren könne und Etappen für die nächsten Jahre definieren. Der Nahverkehrsplan werde am 25.11.2021 beim Landkreis definiert. Die Zeitschiene müsse man noch abstimmen. Beim Thema Fußverkehrsscheck werde man nun Vorschläge für die Südstadt definieren, auch abgestuft nach der Umsetzbarkeit. Die Zielsetzung sei, dass man quartiersbezogen das Thema Fußwegever-

kehr anschau. Das Thema Photovoltaik in der Innenstadt werde kontrovers diskutiert, aber man habe auch noch wahnsinnig Potential auf privaten Gebäuden. Durch ein kundenorientiertes Modul zur eigenständigen Berechnung wolle man hier noch mehr erreichen. Beim Flächennutzungsplan treffe am Ende der Gemeinderat die Entscheidung, man werde eine breite Basis zur Entscheidung vorlegen, es gehe um Ökonomie, Ökologie und Soziales. Bei der Bürgerbeteiligung habe man bereits die ersten Rückmeldungen. Man werde nun starten und schau wie es sich entwickle.

Oberbürgermeister Arnold führt zum Thema Denkmalschutz und Photovoltaik aus, dass man einige Zielkonflikte habe. Artenschutz mit erneuerbaren Energien bspw. bei Windrädern oder mit dem Naturschutz. Das seien alles Dinge, die man versuche zu lösen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste möchte nochmals die Ausführungen von Stadträtin Rauscher unterstreichen. Man müsse die unterschiedlichen Arbeitskreise bündeln und darauf achten, dass die erarbeitete Kompetenz auch einfließe und gewürdigt werde. Sie erkundigt sich, ob das Frauenforum auch zur Bürgerbeteiligung gehöre.

Frau Zaneck antwortet, dass man sich auf die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz konzentriere, das Frauenforum sei bei Frau Heer angesiedelt. Die Agenda-Gruppen wolle man nicht austauschen, sondern die Kompetenz halten und mitnehmen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für das Konzept. Man solle sich die notwendige Zeit nehmen. Man benötige nachhaltige und belastbare Maßnahmen und keine aktionistischen Schnellschüsse. Die Vernetzung sei sehr positiv und sehr wichtig. Er erkundigt sich, ob man auch angedacht habe, sich mit Wirtschaftsunternehmen zu vernetzen.

Frau Zaneck antwortet, dass man in enger Kooperation sei.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag und die Arbeit des Amtes. Es sei eine Mammutaufgabe und man habe berichtet, dass man es nicht alleine machen könne, daher sei das Netzwerk sehr wichtig, auch intern. Die Personalsituation sei bereits jetzt angespannt, daher möchte er alle auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Er erkundigt sich wie es mit der finanziellen Planung aussehe, die Aussage, dass man es einfach auf einen zukommen lasse, sei nicht ausreichend.

Herr Bantel führt aus, dass man 1,5 Mio. Euro für Eigenanteile der Stadt im Haushalt eingeplant habe, i.d.R. gebe es viele Förderprogramme, sodass das Volumen bei ca. 3 Mio. liege. Die Stadt traue sich die Maßnahmen sowohl finanziell als auch hinsichtlich der Personalkapazität zu.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass man im Haushalt auch andere Projekte eingestellt habe, die klimarelevant seien, bspw. Sporthallen. Der eigentliche Haushalt für das Thema Klimaschutz sei daher weitaus größer.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, künftige Vorlagen nicht nur zur Information, sondern zur Beratung einzubringen. Der Gemeinderat diskutiere seit 25 Jahren über das Thema, das erste Gutachten sei das EZA-Gutachten, dort seien sehr ähnliche Maßnahmen wie heute bereits vorhanden gewesen. Die Ziele habe man

ausführlich diskutiert und festgeklopft, wichtig sei nun ein Maßnahmenkatalog. Die Themen Verkehr und Gebäudesanierung seien vordringlich. Wenn man die eigenen Ziele ernst nehme, dann habe man nun sieben Doppelhaushalte, um das Ziel zu erreichen. Dann müsse man in jedem Doppelhaushalt 15 Prozent besser werden. Er erkundigt sich, ob man das mit den Maßnahmen auch erreichen werde. Es sei wichtig, dass man die Maßnahmen jetzt ergreife und nicht erst in zehn Jahren, dies sei aufgrund der Verweildauer der Treibhausgase wichtig.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich beeindruckt über die Menge der Projekte. Es sei erfreulich, dass die Themen Konsum und Ernährung auch eingebunden seien, aber diese seien noch nicht ausgearbeitet. Es sei aber wichtig. Jede Mahlzeit, in der auf tierische Produkte verzichtet werde, sei klimafreundlich.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob der Stadt Informationen zur Lage in Bahir Dar vorliegen würden.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man dringend die Konzeption zur Gebäudesanierung benötige, hier benötige man die Mitwirkung des Gemeinderats und der Ortschaftsräte. Dies binde viele Mittel. Man müsse sagen, welche Gebäude man mache, es sei einer der größten Beiträge, den man zum Klimaschutz leisten könne. Dies gelte auch beim Thema Verkehr. Man habe nun vorgelegt, was man bisher gemacht habe.

Frau Zanek betont, dass man auch in den ersten 100 Tagen bereits Projekte initiiert habe. Mit Bahir Dar fahre man fort, sobald es die politische Situation erlaube. Man halte daher derzeit den Kontakt auf Arbeitsebene.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **GMÜND 2035 – Fortschreibung nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept**
Vorlage: 202/2021

Protokoll:

Siehe TOP 1.

zu 3 Ausbau Glasfasernetz - aktueller Stand und weiteres Vorgehen**Protokoll:**

Herr Groll informiert über den aktuellen Stand (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es wichtig sei, dass man dies über den Markt regle. Man habe getan was man tun könne, er sei sehr froh über den Zuschlag, in der Abwicklung müsse man jedoch Gas geben.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 10.4

zu 4 Änderung des Geschäftskreises der Beigeordneten

**Hier: Neuzuordnung des Eigenbetriebes Stadtgarten Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 203/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Eigenbetrieb Stadtgarten Schwäbisch Gmünd wird ab 01.01.2022 dem Dezernat 1 zugeordnet.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2

nachrichtlich an Amt:

zu 5 Beauftragung zur Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 185/2021/1

Protokoll:

Stadtrat Zengerle/SPD findet es gut, dass man nun auch in die Vorlage die derzeitige Rechtsgrundlage aufgenommen habe, das Land wolle bis 2040 klimaneutral sein. Aber die Stadt Schwäbisch Gmünd sei noch viel besser, man wolle bis 2035 klimaneutral sein. Daher solle man die Vorlage ergänzen, dass die Stadt Schwäbisch Gmünd die klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2035 erreiche und als Zwischenziel den Wärmebedarf bis 2028 formuliert habe.

Oberbürgermeister Arnold nimmt das Ziel mit 2035 in den Beschlussantrag auf, das Zwischenziel bis 2028 müsse man nochmals abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Schwäbisch Gmünd an das Büro RBS wave GmbH gemäß den beiliegenden Angaben und deren Umsetzung mit einem Preis von 60.928 € (brutto) zu beauftragen.
2. Die Stadtwerke Schwäbisch Gmünd werden als Dienstleister für die Projektsteuerung zur Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für die Stadt Schwäbisch Gmünd sowie als unmittelbarer Ansprechpartner für das zu beauftragende Büro zum Preis von 20.000 € (brutto) beauftragt.
3. Im Vorgriff auf den Doppelhaushalt 2022/2023 werden zur Finanzierung der Beauftragungen (Beschlussanträge 1. und 2.) Mittel in Höhe von insgesamt 81.000 € unter der Produktgruppe 5610 (Umweltschutzmaßnahmen) etatziert.
4. Die klimaneutrale Wärmeversorgung wird bis 2035 erreicht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 60, Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebs Stadtgarten und Entlastung des Betriebsleiters für 2019
Vorlage: 189/2021**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich beim Team des Stadtgartens.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2019 des STADTGARTENS wird wie im Jahresbericht enthalten festgestellt.

	EURO
1.1 Bilanzsumme	15.036.092,88
das Anlagevermögen	14.193.797,55
das Umlaufvermögen	842.295,33
davon entfallen auf der Passivseite auf	
das Eigenkapital	4.779.722,13
die Rückstellungen	119.502,00
die Verbindlichkeiten	10.136.868,75
1.2 Jahresverlust	2.225.057,58
Summe der Erträge	786.490,46
Summe Aufwand Betrieb	1.522.906,70
Summe Aufwand Liegenschaften und Gebäude	1.488.641,34
2. Der Jahresverlust für das Jahr 2019 wird wie folgt gedeckt.	
Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage mit	515.978,47
Ausgleich durch Haushaltsmittel der Stadt in Höhe von	1.709.079,11
	2.225.057,58

Der Jahresverlust 2019 mit EUR 2.225.057,58 soll nach der Feststellung des Jahresabschlusses in Höhe von EUR 1.709.079,11 durch den Haushalt der Stadt Schwäbisch Gmünd ausgeglichen und in Höhe von EUR 515.978,47 der Allgemeinen Rücklage entnommen werden.

3. Der Betriebsleiter wird für das Jahr 2019 entlastet.

4. Mittelübertragung

Die nicht verbrauchten Finanzierungsmittel für Investitionsmaßnahmen im Vermögensplan in Höhe von EUR 305.128,80 sowie die noch offene Kreditermächtigung 2019 in Höhe von EUR 235.000, werden nach 2020 übertragen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, CCS
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Jahresabschluss 2020 der Touristik & Marketing GmbH
Vorlage: 188/2021

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Touristik & Marketing GmbH am 25.11.2021 folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der vom städtischen Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2020 wird mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.197.719,87 € und einem geprüften Jahresgewinn von 33.182,44 € festgestellt. Der Jahresgewinn wird dabei auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
3. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, T&M
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Vergabe der Sportplatzpflegearbeiten für die Jahre 2022 und 2023 mit Option auf Vertragsverlängerung für die Jahre 2024 und 2025
Vorlage: 190/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Vergabe der Sportplatzpflege und Regenerationsarbeiten an Sportplätzen vom 01.03.2022 bis 31.12.2023 - mit der Option auf zwei Jahre Verlängerung - in Höhe von 754.454,36 € (brutto für 2 Pflegejahre) an die Firma Sportstättenbau Garten-Moser GmbH u. Co. KG, Essingen, gemäß deren Angebot vom 30.09.2021, wird zugestimmt.
2. Im Vorgriff auf den Doppelhaushalt 2022/2023 werden die Kosten für nicht-städtische Sportplätze unter der Produktgruppe 42.10 in Höhe von 208.395,59 € (für 2 Pflegejahre) und für städtische Sportplätze unter der Produktgruppe 42.41 in Höhe von 546.058,77 € (für 2 Pflegejahre) etatisiert.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 200/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 10 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

Protokoll:

Herr Ott gibt die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt (siehe Anlage).

zu 11 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine Bekanntgaben.

zu 12 Anfragen

zu 12.1 Soforthilfe für Standbetreiber Weihnachtsmarkt

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, ob man für die Standbetreiber des Weihnachtsmarktes das Corona-Soforthilfeprogramm der Stadt einsetzen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies machen könne, sofern noch Mittel vorhanden seien.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 30
nachrichtlich an Amt:

zu 12.2 **Lärmaktionsplan**

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Lärmaktionsplan.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man diesen zur Vorberatung am 15.12.2021 in den Bau- und Umweltausschuss einbringen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 12.3 **Kita Kunterbunt**

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Kita Kunterbunt.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es verschiedene Planungsvarianten gebe, die alle Vor- und Nachteile hätten. Sobald die Zahlen vorliegen würden, könne man in die Diskussion gehen.

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach dem Baubeginn.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es nach einer Entscheidung sehr schnell gehe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, 65
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: